

Mit Volldampf in die Sackgasse

Statt um Wettbewerbsfähigkeit ringt nun auch die OECD um Unternehmenssteuern. Neue «schwarze Listen» kündigen sich an. Die Schweiz sollte sich wehren. Von Peter A. Fischer

Der Aufruf des britischen Regierungschefs David Cameron kürzlich am World Economic Forum in Davos zu einem international koordinierten Vorgehen gegen (legale) Steuervermeidung von Konzernen war mehr als eine leere Drohung an die versammelten Unternehmenschefs. Am Dienstag hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zuhanden der am nächsten Wochenende tagenden G-20-Staaten einen Bericht veröffentlicht, in dem ein «Aktionsplan für ein umfassendes Vorgehen gegen Erosion der Steuerbasis und Gewinnverschiebung» gefordert wird. Im Auftrag der mit erschreckenden Löchern in ihren Staatshaushalten kämpfenden Regierungen wird die Technokraten-Maschinerie wohl eher früher als später Resultate produzieren.

Verführerische Begründung

Die Begründung lädt geradezu dazu ein, auf politischen Stimmenfang damit zu gehen. Steuern optimierende internationale Konzerne verzerrten den Wettbewerb mit lokalen Firmen, wenn sie im Unterschied zu Letzteren dort Steuern bezahlten, wo es am günstigsten sei, heisst es. Mit strikten Vorschriften zu Transferpreisen müsse verhindert werden, dass Gewinne konzernintern verschoben werden könnten. «Schädlichen Regimen» müsse wirksamer entgegengetreten werden; Konzerne dürften nicht daraus Vorteile schöpfen, dass Fremdkapital steuerlich günstiger behandelt werde als Eigenkapital. Statt gegen Doppelbesteuerung gelte es gegen Doppel-Nichtbesteuerung vorzugehen.

Die Stossrichtung ist eindeutig: Ganz im Geiste der verfahrenen deutsch-französischen Steuerbürokratie soll mit immer komplizierteren Regeln und Kontrollen verhindert werden, dass Unternehmen wenig(er) Gewinnsteuern bezahlen. Am nicht so fernen Horizont lauern nebst einem neuen Regulierungs-Dickicht neue «schwarze Listen», und selbst der Weg zu harmonisierten Mindeststeuersätzen scheint nicht mehr allzu weit.

Auch wenn einige allgemeingültige Spielregeln vernünftig sein mögen, mit diesem Vorgehen drohen die entwickelten Länder mit der OECD am Steuer mit Volldampf in die nächste Sackgasse zu fahren. Denn im Eifer, sogenannte schädliche Praktiken zu verhindern, droht (Steuer-)Wettbewerb unterbunden, die Internationalisierung der Dienstleistungs- und Finanzmärkte behindert und die Steuerlast für Firmen erhöht zu werden. Dass der EU-Steuerkommissar prompt den OECD-Plänen applaudiert, zeigt einmal mehr das fehlende Verständnis dafür, dass EU-Firmen nicht nur untereinander, sondern mit dem Rest der Welt im Wettbewerb stehen. Die EU wird so nicht wettbewerbsfähiger, sondern

wettbewerbsfeindlicher.

Wenn Unternehmen versuchen, legal Steuern zu optimieren, und Standorte bestrebt sind, attraktive Bedingungen zu bieten, ist dies Ausdruck eines funktionierenden Wettbewerbs. Dass dabei die Besteuerung von zunehmend mobilen Unternehmensgewinnen unter Druck gerät, ist nicht schlecht, sondern logisch. Nicht das Fremdkapital müsste stärker zur Kasse gebeten werden, sondern die Doppelbesteuerung des Eigenkapitals gehörte abgeschafft. Auch Unternehmensgewinne werden ja irgendwann als Dividenden ausgeschüttet und steigern bis dahin den Wert der Aktien. Dieses Kapitaleinkommen sollte der normalen Einkommenssteuer unterstellt, dafür aber nicht mehr doppelt besteuert werden - zuerst als Gewinn beim Unternehmen, dann als Einkommen bei den Begünstigten. Viel wettbewerbs- und wachstumsfördernder wäre es, von Firmen bloss Abgaben für lokal bezogene Leistungen (darunter auch den immobilien Grundbesitz) zu verlangen und statt der mobilen Gewinne die viel weniger mobilen Einkommen dort zu besteuern, wo sie entstehen und ausgegeben werden.

Notwendige Allianz der Fitteren

Dass die OECD versucht, ihre Nützlichkeit bürokratisch unter Beweis zu stellen, ist nichts Neues und Aussergewöhnliches. Unverständlich wirkt hingegen, dass sich die Eidgenossenschaft als Mitglied dieser Organisation nicht stärker dagegen zur Wehr setzt. Die Schweiz gehört zu den fitteren Volkswirtschaften, die ihren Staatshaushalt einigermassen im Griff haben. Ohne Gegensteuer wird sie unter dem Vorwand der Vermeidung «schädlicher Praktiken» noch stärker in den Würgegriff derer kommen, die im Wettbewerb nichts anderes als eine Ruhestörung sehen. Statt vorausseilend nach Zugeständnissen zu suchen und eigene Stärken zu schwächen, sollte Bern jetzt Überzeugungsarbeit leisten und mit anderen Staaten Allianzen für ein dynamischeres, wettbewerbsfreundliches Europa schmieden.